

SCHLAGwort Integration - Europäische Integrationsansätze im Vergleich
Landesbüro Berlin, 23. März 2006

Bilder brennender Autos in französischen Vorstädten warfen vielerorts die Frage auf "Bekommen wir französische Verhältnisse?" Um dies auch zukünftig auszuschließen, müssen Integrationsanstrengungen auf allen Ebenen und von allen Verantwortlichen deutlich intensiviert und modifiziert werden, sagen Fachleute. Integrationspolitik muss aus ihrem Nischendasein befreit, zur Querschnittsaufgabe werden. Defizite bisheriger Integrationspolitik zeigen sich in Berlin besonders bei jungen männlichen Migranten. Sei es beim Erreichen von Schulabschlüssen, der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit oder auch als Täter und Opfer von Gewalt. Eine Fachtagung des Landesbüros Berlin in Zusammenarbeit mit der Berliner Landeskommision gegen Gewalt fragte nach der Lebenslage junger Migranten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden. Wie reagieren die Jugendlichen auf Desintegrationsprozesse? Welche Präventionskonzepte gegen Gewalt haben sich bewährt?

Staatssekretär Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision gegen Gewalt, bezeichnete den interkulturellen Dialog als notwendiger denn je! Wer von „Leitkultur“ spreche müsse wissen, dass er damit auch „Zweitkultur“ definiere. Sensible Kommunikation auf gleicher Augenhöhe zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft aber die zu organisierende Herausforderung sei.

Prof. Hans-Jörg Albrecht, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.B., wies im Ländervergleich darauf hin, dass ökonomischer und sozialer Wandel die Rahmenbedingungen von Integration wesentlich verändert bzw. verschlechtert habe. War Immigration von Arbeitsmigranten vor 30 Jahren noch willkommen, ist Immigration von Migranten in Folge von Krieg, Krisen und Transformationsprozessen unerwünscht.

Die französische Integrationspolitik war in den 80er Jahren von der Tabuisierung ethnischer Fragen gekennzeichnet. Das politisch verfolgte Konzept war der „citoyen“, alle Aufmerksamkeit staatlichen Handelns lang auf sensiblen Quartieren und benachteiligten Stadtteilen. Großbritannien verfolgte eine Antidiskriminierungspolitik mit dem Aufgreifen von Unterschieden zwischen Ethnien. In den Niederlanden waren gesellschaftliches Klima und staatliches Handeln von Toleranz geleitet. Mit Deutschland ist allen Ländern die soziale und ökonomische Benachteiligung von Migranten gemeinsam. Immigration wird heute politisch unter Sicherheitsgesichtsaspekten behandelt. Die Tagungsteilnehmer waren sehr erstaunt, dass Prof. Albrecht auf Nachfragen dabei blieb: für die Erklärung von Gewalt spiele die Ethnie keine relevante Rolle. Delinquente Freunde und peer-Unterstützung seien viel entscheidendere Faktoren: „Migranten sind in gefährliche Klassen und Schichten der Gesellschaft integriert“.

Dr. Fabien Jobard, CESDIP-CNRS Paris, erläutere den politischen Kurswechsel in der französischen Integrationspolitik in den 90er Jahren. Mit dem Schwerpunkt auf Strafrecht, Strafjustiz und der Zunahme von Repression nehmen in der Folge Delikte gegen Amtspersonen, Widerstand und Gewalt zu. Eigentumsdelikte treten hinter

Gewalt gegen Sachen und Personen zurück. Woher kommt diese neue Wut? Einwanderer drängen verstärkt ohne Erfolg auf den Arbeitsmarkt, der erste Irakkrieg 1991, die öffentliche Debatte über Massaker in Nordafrika ...

Kennzeichnende Faktoren von Gebieten in denen mit hoher Wahrscheinlichkeit Krawalle stattfanden: viele Jugendliche unter 20 Jahren, viele Haushalte mit mehr als 6 Personen, hohe Arbeitslosigkeit der Jugendlichen unter 25 Jahren.

Prof. Simon Hallsworth, London Metropolitan University, rief in Erinnerung, dass Migration nach 1945 aus Commonwealth-Staaten erfolgte, vorwiegend einfache Arbeiter kamen, die in elenden Innenstadtquartieren in einer insgesamt zutiefst rassistischen britischen Gesellschaft lebten. Ein Teufelskreis von Armut, Verelendung und Kriminalität war eine Folge. Krawallzentren der 50er Jahre, wie z.B. Notting Hill, sind heute homogen weiße Mittelschichtwohngebiete. Die politischen Lager sind über die Ursachen der Gewalt sehr zerstritten. Konservative geben dysfunktionalen Gesellschaften die Schuld und verneinen die Bedeutung sozialer und ökonomischer Faktoren. Linke sehen keine Beziehung zwischen Migration und Kriminalität, sondern betonen die soziale Bedingtheit; kriminelles Verhalten sei Ausdruck übermäßiger Ausbeutung im Kapitalismus.

Hallsworth schloß mit der These, dass junge schwarze Migranten im Verbraucherverhalten entwickelter Marktwirtschaften „übersozialisiert“ seien. Sie wollten mithalten, haben was andere auch haben. Solche Jugendliche seien kulturell inkludiert, aber materiell exkludiert, d. h. von den Konsumgewohnheiten der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen. Manifeste Exklusion der Migranten von Bildung, Arbeit und Wohnen ist die Basis für volatile Formen von Gewalt. Soziale Probleme werden in Großbritannien zu law and order Aufgaben umdefiniert und ihre Lösung der Polizei übertragen.

Dr. Rob Witte, Forum-Institut für multikulturelle Entwicklung, Utrecht unterscheidet vier Phasen der niederländischen Integrationspolitik: bis 1985 Erhalt der Identität, Betonung von Rechten, Antidiskriminierungspolitik; bis 1995 Betonung individueller Verantwortung, von Pflichten statt Rechten, seit Ende der 90er Jahre Problematisierung und Kriminalisierung von Migration und Integration, seit 2002 Politisierung und „Religiösierung“, Radikalisierung von Integration.

Alle Referenten waren sich einig, dass Religion als Ursache bzw. Grund von migrantischer Gewalt keine Rolle spiele. Jugendliche nicht deutscher Herkunft werden heute zu Migranten gestempelt. Jugendliche Gewalt reagiert auf diese Stigmatisierung, Kriminalisierung von Migration führt zu Kriminalität.

Neue Wege und Maßnahmen, wirkungsvollere Handlungsstrategien stehen 2006 im Focus eines gemeinsamen Arbeitsprozesses der FES Berlin in Zusammenarbeit mit der Berliner Landeskommision gegen Gewalt.